

Präsidentiale Ansprache an Delegierten und Gäste des VSSM

24. Juni 2011 Heiden (AI)

In meinem schriftlich vorliegenden Jahresbericht 2010 finden Sie kurze Ausführungen zu verschiedenen wirtschafts- und verbandsrelevanten Themen.

Daran anknüpfend werde ich nun zu zwei aktuellen Themen ein paar weiterreichende Gedanken an Sie, geschätzte Delegierte und Gäste richten.

Es betrifft die Energie- und Umweltpolitik und die Personenfreizügigkeit.

Energie- und Umwelt

Niemand von uns hat der Katastrophe von Fukushima gerufen oder sie sogar herbeigesehnt. Passiert ist sie trotzdem. Und immer, wenn solche Ereignisse passieren, gehen zuerst die Emotionen hoch, es werden sofort Patentrezepte verkauft, denn, man hat es ja schon immer gewusst, dass.... eben dass usw. Sie kennen es.

Nun, vier Monate danach kann man nüchterner, emotionsloser darüber sprechen. Für uns als verantwortungsbewusste Unternehmer und BürgerInnen dieses Landes stellen sich verschiedene Fragen: Fragen, welche uns in den beiden Funktionen, als Unternehmer und Bürger betreffen. Während und nach dem zweiten Weltkrieg hat man von „Bürger und Soldat“ gesprochen. In Anlehnung an diesen damals wichtigen staatspolitischen Dialog – er ist übrigens noch nicht vergessen und könnte sogar eine Renaissance erfahren - rede ich heute zu Ihnen als Bürger und Unternehmer.

Nach dem Unglück von Fukushima ist die Energiewelt nicht mehr jene, die sie war. Die Risiken der Kernenergie wurden bis dato von vielen Spezialisten unterschätzt. Wer einfach auf der bisherigen Strategie verharrt, blendet die Folgen aus. Deshalb ist die Kernenergie in ihrer heutigen Ausprägung nicht mehr als Energie der Zukunft zu betrachten. Kommt dazu, dass der Neubau eines KKW in unserem Land demokratiepolitisches Wunschdenken ist. Das Schweizervolk wird in absehbarer Zeit kaum bereit sein, einem solchen Vorhaben zuzustimmen.

Die Ausstiegsstrategie des Bundesrates kann in der momentanen Situation sowohl politisch wie auch technisch und volkswirtschaftlich als realisierbar betrachtet werden. Damit steigt zwar zwangsläufig der Druck auf die Stromwirtschaft, die kontinuierlich wegfallende Elektrizitätsmenge, welche in den KKW erzeugt wird - und das sind immerhin gut ein Drittel unseres Verbrauchs - anderweitig zu produzieren. Im Vordergrund stehen dabei sämtliche einheimischen erneuerbaren Energien. Wir können es uns nicht leisten, auf eine davon zum Voraus zu verzichten. Vorübergehend ist im Interesse der Versorgungssicherheit auch ein limitierter Zubau von dezentral angeordneten Gas-Kombikraftwerken in Kauf zu nehmen.

Zur vordringlichen Risikominimierung hat der aufgezeigte Weg auch noch zwei positive Nebeneffekte: Erstens ergibt sich ein nicht zu unterschätzender, volkswirtschaftlich sinnvoller Schub für die Binnenwirtschaft, und das nicht für eine kurze Zeit – nein, für die ganze Dauer des Ausstiegprozesses. Das gibt Aufträge für die Unternehmungen und schafft neu Arbeitsplätze. Und zwar dezentral an vielen kleinen Objekten im ganzen Land, nicht nur an ein oder zwei Standorten. Und zweitens wird die Schweiz mit ihren erstklassigen Hochschulen als Forschungsstandort international gestärkt aus diesem Prozess hervorgehen.

Der Zufall will es, dass parallel zur Diskussion über die Zukunft der Kernenergie auch klimapolitische Fragen auf der Agenda der eidg. Politik sind. Nun, Klima- und Energiepolitik waren schon vor Fukushima politische Zwillinge. Wenn wir es aus unserer Position des Gewerbes intelligent anstellen, können daraus sogar Drillinge werden. Dann, wenn wir zu Klima und Energie noch die KMU Wirtschaft, das Gewerbe als Partner nehmen.

Das Ausbaugewerbe hat, das haben Sie lesen und hören können, eine eigenständige Haltung zum eidg. CO₂ Gesetz

Nachdem der Ständerat in der Frühlingssession dazu eine überraschend umweltfreundliche Haltung an den Tag gelegt hat, ist momentan eine intensive Diskussion über die abschliessende Ausgestaltung im Gang.

Streitpunkt Nr. 1 ist die Frage, ob die Reduktion unseres CO₂ Ausstosses um 20 Prozent bis ins Jahr 2020 durch reine Inlandmassnahmen oder auch durch Kompensationsgeschäfte im Ausland zu erzielen sei. Innerhalb des Gewerbeverbandes nehmen die Berufsverbände der Gruppe des Ausbaugewerbes (GAG) – darin sind unter Anderen die Holzbauer, Schreiner, Maler und Gipser, Elektriker, Gebäudeinstallateure, Dachdecker und Metallbauer vertreten- eine differenzierte Haltung ein. Sie sind überzeugt, dass es sinnvoller ist, wenn der Bund Massnahmen im Inland unterstützt, als sich im zweifelhaften internationalen Zertifikatshandel zu engagieren.

Die Gruppe des Ausbaugewerbes hat sich - unterstützt durch ihr nahestehende Organisationen - schon früh für eine praxisorientierte Gesetzgebung ausgesprochen. Dabei stand immer auch die damit verbundene Wertschöpfung im Inland im Zentrum unserer politischen Aktivität. Somit lässt sich erklären, dass sich unsere Position zum Teil von jener der grossen Wirtschaftsdachorganisationen unterscheidet.

Unsere Botschaft basiert auf vier Pfeilern:

1. Die anvisierte Reduktion um 20 Prozent bis 2020 soll im Inland erfolgen.
2. Dazu ist die sogenannte Teilzweckbindung zur Unterstützung von energetisch wirksamen Massnahmen im Gebäudebereich weiterzuführen.

3. Die Senkenleistung von verbautem Holz soll in der CO₂ Bilanz anrechenbar werden.
4. Die sog. CleanTech ist in der Schweiz vordringlich zu forcieren.

Alle vier Massnahmen stärken die Binnenwirtschaft. Anstatt sich im internationalen Zertifikathandel stark zu engagieren, setzen wir das Geld besser im Inland ein, um unseren Gebäudepark energetisch zu erneuern. Diese Massnahme hat eine dreifach positive Wirkung:

1. Der Verbrauch von fossilen Brennstoffen und damit der CO₂ Ausstoss werden reduziert.
2. Die Auslandabhängigkeit in der Ressourcenbeschaffung wird kleiner.
3. Die resultierenden Aufträge für die Binnenwirtschaft bringen einen nicht zu unterschätzenden volkswirtschaftliche Nutzen in Form von Arbeit und Wertschöpfung und schliesslich auch wieder ordentlichen Einnahmen für die öffentlichen Haushalte.

Demgegenüber hat die Beteiligung am internationalen Zertifikathandel entscheidende Schwachpunkte:

1. Wir kaufen Zertifikate z. T. genau in jenen Staaten, denen wir für teures Geld schon Erdöl und Gas abgekauft haben. Zum Kauf der Zertifikate erhebt man wieder eine Abgabe, und deren Ertrag schicken wir wieder dorthin zurück. Volkswirtschaftlich macht das wenig Sinn.
2. Der internationale Handel mit Zertifikaten geniesst einen gleich zweifelhaften Ruf wie Teile der Regime in den Empfängerstaaten. Die Grenzen zwischen korrekter Handhabung und Korruption sind bei den Empfängern oftmals fließend.
3. Die Behauptung, dass mit dem gleichen Geld im Ausland mehr CO₂ eingespart werde, ist weit verbreitet und mag in Einzelfällen zutreffen. Eine Studie im Auftrag der Stiftung Klimarappen besagt, dass sich die Inlandmassnahmen des Gebäudesanierungsprogramms für die Bauherren finanziell lohnen und die Energieagentur der Wirtschaft sagt zu Recht, dass die ihr angeschlossenen Firmen mit wirtschaftlichen Massnahmen im Inland eine Million Tonnen CO₂ pro Jahr reduzieren. Selbst in jenen Kreisen scheint man also unsicher zu sein, ob nicht doch in der Schweiz, insbesondere im Gebäudepark sehr viel Reduktionspotential liegt, das sich wirtschaftlich lohnt.

Das Nationale Gebäudeprogramm – Opfer des eigenen Erfolges

Das nationale Gebäudeprogramm, welches durch die Teilzweckbindung alimentiert wird, erweist sich schon im ersten Jahr als voller Erfolg. Momentan werden damit jährlich 200 Million Franken aus der CO₂ Abgabe auf Brennstoffe für energetisch wirksame Massnahmen im Gebäudebereich investiert. Die Aktion läuft bis ins Jahr 2020 und wird von den Kantonen umgesetzt. Seit Beginn im Januar 2010 wurden viel mehr Gesuche eingereicht, als zuvor angenommen wurde. Deshalb mussten die Bedingungen zum Leidwesen der renovationswilligen Hauseigentümer bereits nach 15 Monaten erstmals korrigiert werden. Das ist insofern bedauerlich, dass schon kurz nach dem Start die Spielregeln geändert werden mussten. Der Vorschlag des Ständerates, die Mittel auf 300 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen, kommt also wie gerufen.

Zusammenfassung

Summa summarum betreiben die in der Gruppe des Ausbaugewerbes zusammengeschlossenen Berufsverbände eine fortschrittliche Politik. Diese unterscheidet sich in ihrer Ausrichtung von der leicht antiquierten, nach der reinen Finanzlehre ausgerichteten Argumentation der grossen Dachorganisationen der Wirtschaft. Wir sind überzeugt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung der Eidgenossenschaft unsere Haltung mitträgt.

Die Zeiten, wo sich Ökonomie und Ökologie fundamental bekämpft haben, sollte eigentlich der Vergangenheit angehören. Wir, die Mitglieder des VSSM wissen das nicht erst seit Fukushima. Als Bürger und Unternehmer setzen wir auf den Dialog zwischen Energie-, Klima- und KMU-Politik. Nicht nur, weil wir allen drei verpflichtet sind, sondern weil wir darin auch eine grosse Chance für unsere Unternehmungen sehen.

Und, wie sagt es uns ein altes indianisches Sprichwort: „Wir haben die Erde nicht in unserem Besitz, sondern von unseren Grosskindern zu Lehen.“

Personenfreizügigkeit

Lassen Sie mich noch ein paar kurze Gedanken zu Scheinselbständigkeit und Ich-AGs machen.

In der Umsetzung der Personenfreizügigkeit mit den EU Staaten - insbesondere seit dem 1. Mai dieses Jahres, als die Personenfreizügigkeit auf acht weitere Staaten im Osten der EU ausgeweitet wurde - hat sich in unserem Land und vor allem für unsere Branche ein Problemfeld aufgetan, welches in diesem Ausmass vermutlich wenige oder niemand erwartet hat. Erklären muss ich das in dieser Runde nicht im Detail.

Nationalrat Hansruedi Gysin hat kürzlich nicht von Wildwest-, sondern treffend von „Wildostverhältnissen“ gesprochen. Es geht mir heute darum, kurz aufzuzeigen, dass sich die Wirtschaft in dieser Frage in einem echten Dilemma befindet. Es gilt abzuwägen zwischen der Bekämpfung von Wettbewerbsverzerrungen durch protektionistische Massnahmen und dem Ideal des Wettbewerbes.

Wir sind es uns sehr wohl gewohnt, dauernd im Wettbewerb gegenüber andern Anbietern zu sein. Das hat unsere Volkswirtschaft in der Vergangenheit nicht nur im Binnenmarkt, sondern vor allem auch im Export stark gemacht. Und, wir wollen auf diese positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Wettbewerbs auf gar keinen Fall verzichten, das nämlich wäre das Ende unseres Wohlfahrtsstaates.

Wenn nun aber, auf Grund internationaler Verpflichtungen, sich mit diesen ausländischen Scheinselbständigen in unserem Land eine neue Art der Schattenwirtschaft einzunisten in der Lage ist, wird die Toleranz im Wettbewerb nicht nur strapaziert, sondern sie hat die Grenze überschritten. Wir kritisieren ja nicht die slowakische Krankenschwester, welche am Kantonsspital eine Stelle zu den gleichen Bedingungen übernimmt wie ihre Schweizer Kollegin. Aber, wir kritisieren die Tatsache, dass sich ausländische Firmen mit Monteuren aus Polen eindecken, die dann als sogenannte selbständig Erwerbende für 15 Franken in der Stunde in Basel oder St. Gallen Aufträge ausführen. Eine solche Praxis ist weder im Sinn der einheimischen KMU, noch der Arbeitnehmerschaft und schon gar nicht der gesamten Volkswirtschaft.

Ein Patentrezept dagegen wurde bis anhin noch nicht, und wird wohl auch nie gefunden. Die Kautionsregel, wie sie regional und in andern Berufsverbänden seit kurzem praktiziert wird, kann ein taugliches Mittel dagegen sein.

Wir jedenfalls bleiben in dieser Sache, zusammen mit den anderen Verbänden im Ausbaugewerbe, mit dem SGV, mit unseren Sozialpartnern und selbstverständlich auch mit den massgebenden Stellen bei Bund und Kantonen am Ball.

Wir bleiben am Ball und versuchen, die Herausforderungen der Zeit so anzunehmen und umzusetzen, dass es für Sie, geschätzte KollegInnen, als Bürger und Unternehmer in Ordnung ist.